

Aktuelle

Post

aus dem Kreistag (30)



25. September 2020

Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Kreistagssitzung am 23. September stand schon sehr stark unter dem Eindruck des kommenden Kommunalwahlkampfes. Man versucht, sich im besten Licht darzustellen. Einige Fraktionen legen eine erstaunliche Aktivität vor – während sie es in den vergangenen viereinhalb Jahren eher gemütlich angingen. Fest steht: So eine Wahl aktiviert.

Vier Anträge der Fraktion DIE LINKE. / Piraten standen auf der Tagesordnung. Darunter der Antrag gegen die Abzockergebühren in Flüchtlingsunterkünften. Doch dieser wurde mehrheitlich auf die nächste Sitzung verschoben. Man will jetzt eine neue Gebührensatzung beschließen. Doch zunächst wurde unser Antrag auf die nächste Sitzung verschoben.

Abgelehnt wurde unser Antrag, einen Runden Tisch einzuführen, der sich mit dem Grundwasserschutz befasst. Die Mehrheit der anderen Fraktionen will sich nicht mit Wassermanagement beschäftigen. Und von einem Wasserraubbau wollen sie schon gar nichts hören. Das wird wohl noch ein hartes Stück Arbeit!

Wir haben uns gefreut, dass die Koalition zusammen mit den Grünen einen Dringlichkeitsantrag eingebracht hat, der sich mit Conti Karben beschäftigt. Das Conti-Werk in Karben soll 2024 geschlossen werden. Ca. 1100 Beschäftigte würden arbeitslos. Bis auf die FDP, erklärten sich alle anderen Fraktionen mit Conti solidarisch.

Das sind die Themen der heutigen Ausgabe:

Keine Behandlung unseres Antrags zu den Abzockergebühren in Flüchtlingsunterkünften

1. Klimaschutzkonzept für den Wetteraukreis
2. Antrag der Grünen: Sorge vor Corona-Ansteckungen in überfüllten Schulbussen
3. Antrag DIE LINKE/Piraten: Weihnachtsbeihilfe für Kinder aus bedürftigen Familien
4. Antrag DIE LINKE/Piraten: Runder Tisch zum Thema Wasserpolitik, Trinkwassermangel, Dürre und Gegenmaßnahmen im Wetteraukreis
5. Antrag DIE LINKE/Piraten: Betriebskindergarten in der Kreisverwaltung
6. Antrag der NPD: Solidarität mit der Hof-Apotheke zum Mohren in Friedberg
7. Antrag der AfD: Sofortiger Ausstieg aus staatlich verordneten Corona-Schutzmaßnahmen
8. Antrag der Grünen: Kommunale Entwicklungszusammenarbeit
9. Solidaritätsadresse des Kreistags für den Erhalt des Conti-Werks Karben

RÜCKLICHT



DIE LINKE. Wetterau beteiligte sich an einer **Menschenkette in Karben**. Diesen Protest hatten Betriebsrat und IG-Metall am 10. September organisiert. Sie wollten auf die Entscheidung der Geschäftsleitung aufmerksam machen, das **Conti-Werk in Karben 2024 zu schließen**. Die Belegschaft hatte in den vergangenen 10 Jahren auf insgesamt 52 Millionen Euro Lohn verzichtet, um den Standort zu sichern. Sie wurde verraten und verkauft! Der Geschäftsleitung geht es um große Profitmargen. Sie verlagern die Produktion nach Litauen und Ungarn.



1. September: Antikriegstag

Am 1. September 1939 begann der 2. Weltkrieg. Deshalb finden an diesem Tag bundesweit Aktionen für Frieden und Abrüstung statt.

DIE LINKE. Wetterau nahm in Frankfurt an der Demonstration teil.

Zeitung der Kreistagsfraktion, Herbst 2020

Im September und Oktober wird die Zeitung der Linken Kreistagsfraktion verteilt. Sollten Sie kein Exemplar in ihrem Briefkasten finden, können Sie diese Ausgabe auch online lesen: <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreisverband/kreiszeitung.html>

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag der Wetterau



Die soziale Stimme im Kreistag!

Am 14. März 2021 sind Kreistagswahlen. DIE LINKE. Wetterau stellt die ersten vier Kandidat*innen der linken Liste vor.

Kreiseneigene Wohnungsbau-gesellschaft:

Geht's jetzt los?

Leider Nein! Der Kreistag beschloss am 26. August 2020, dass ein Konzept für eine WoBau erarbeitet werden soll. Die Gründung der WoBau ist nicht beschlossen worden. SPD und CDU tun aber so, als hätten sie den Starbchuss schon gegeben. Lesen Sie Seite 4 + 5

Abzockergebühren

Können Sie sich vorstellen, für ein Zimmer mit Kochgelegenheit 1150,32 Euro zu bezahlen? Wie soll man so etwas nennen? Wir haben es Wuchermiete genannt und mussten uns von der SPD spitzfindige Belehrungen anhören... Seite 2

September/Oktober 2020

Zu Beginn der Kreistagssitzung wurde der Antrag DIE LINKE. / Piraten von der Tagesordnung abgesetzt zu den Abzockergebühren in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete.

Nach unserem ersten Antrag zum Thema überteuerte Gebühren in Flüchtlingsunterkünften haben wir selbst einen Änderungsantrag dazu gestellt, der jetzt im Kreistag behandelt werden sollte. Die Anträge sind hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1170-die-eigene-geb%C3%BChrensatzung-beachten-keine-wuchermieten-in-fl%C3%BChtlingsunterk%C3%BCnften.html>

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1182-%C3%A4nderungsantrag-zu-unserem-antrag-geb%C3%BChrensatzung-f%C3%BCr-fl%C3%BChtlingsunterk%C3%BCnfte-abschaffen.html>

Wir fordern, die Gebührensatzung außer Kraft zu setzen.

Begründung:

Die bisherige Fassung der Gebührensatzung des Wetteraukreises verlangt von Familien Wuchermieten. Wenn ein Familienmitglied eine Arbeit gefunden hat, muss für alle Mitglieder der Familie der Betrag von 287,58 Euro für die Unterkunft bezahlt werden.

So werden beispielsweise Familien mit drei Kindern mehr als 1400 Euro Miete/Gebühr abverlangt! Die Wohnverhältnisse entsprechen einfachstem Standard und diese Mieten/Gebühren können nur als Wucher bezeichnet werden!

Betroffen sind Menschen, die es auf den privaten Wohnungsmarkt schwer haben, eine bezahlbare Wohnung zu finden und deshalb trotz Arbeit und einem Wechsel zum Jobcenter weiter in einer Gemeinschaftsunterkunft verbleiben müssen. Ausreichend Sozialwohnungen oder öffentlich geförderte Wohnungen stehen nicht zur Verfügung, um einen Wohnungswechsel zu sichern.

Diese Menschen werden wegen der hohen Mieten/Gebühren für Wetterauer Gemeinschaftsunterkünfte im Hartz4-Bezug gehalten, obwohl sie mit einer bezahlbaren Wohnung, mit Kindergeld, anderen Kinderzuschlägen und Wohngeld nicht mehr vom SGB II-Leistungsbezug abhängig wären. Die Wetterauer Gebührensatzung wirkt hier nicht armutsverhindernd sondern armutsfördernd.

Nach Lektüre der Antwort auf unsere Anfrage vom 2. Juni 2020, die uns am 18. August 2020 zugeht, wurde uns klar, dass es sich bei den uns bekannten Fällen dieser hohen Mietforderungen nicht um Einzelfälle handelt.

In diesem Fall hilft nur eine gänzliche Abschaffung der Gebührensatzung für Gemeinschaftsunterkünfte im Wetteraukreis.

Die Gebührensatzung war auch Thema im Ausschuss für Jugend, Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung (JSFGG). Dort wurde ein neu ausgearbeiteter Satzungstext vorgelegt. Diese neue Satzung soll eine rückwirkende Gebührenerhebung nicht mehr enthalten. Und es wurden Berechnungen vorgestellt, wie teuer die Unterbringung Geflüchteter für den Wetteraukreis ist und wie die Gebühren errechnet wurden.

Im nächsten Kreistag wird unser Antrag dann behandelt und die neue Satzung wird zur Abstimmung stehen.

Wir werden in der nächsten Post aus dem Kreistag ausführlich berichten.

Klimaschutzkonzept für den Wetteraukreis

Der Kreisausschuss legte im Juli den Entwurf eines Klimaschutzkonzepts vor. Nach Beratung im Ausschuss stand es nun zur Abstimmung.

Die Fraktion DIE LINKE. / Piraten hat sich enthalten.

Wir wollten die vielen kleinen und auch größeren Maßnahmen nicht durch eine Ablehnung behindern. Aber leider ist dieses Klimaschutzkonzept ziemlich ambitionslos. Viele der Ziele gibt es bereits und sie werden nur etwas verbessert.

Wir haben uns dem Änderungsantrag der Grünen angeschlossen. Sie formulierten die Ziele so um, dass eine Klimaneutralität bis zum Jahr 2030 erreicht werden könnte.

Der Änderungsantrag der Grünen umfasste diese Bereiche in der Kreisverwaltung:

Regenerative Energie bei der Wärmeversorgung, bei Dachsanierungen ein größtmöglicher Einsatz von Photovoltaik, bei Neubauten der Einsatz der besten verfügbaren Technik, Umstellung des Fuhrparks auf emissionsfreie Antriebe und Einstellung ausreichender Haushaltsmittel.

Die Grünen wiesen auch darauf hin, dass es sich bei dem vorgelegten „Klimaschutzkonzept“ bestenfalls um ein „Teilkonzept“ handeln kann. Ein Klimaschutzkonzept muss mehr sein!

Wie zu erwarten, wurde dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt. Das Klimaschutzkonzept der Koalition wurde angenommen.

Antrag der Grünen: Sorge vor Corona-Ansteckungen in überfüllten Schulbussen

Der Wahlkampf hat begonnen! SPD, CDU und FDP beanspruchen die Initiative für sich, dass mehr Busse für den Schülerverkehr eingesetzt werden sollten. Lautstark und peinlich waren diese Auftritte. Doch es ist festzuhalten: Der Antrag kam von den Grünen.

In der letzten Kreistagssitzung lag dieser grüne Antrag als Dringlichkeitsantrag schon vor. Damals lehnte Landrat Weckler die Idee, mehr Busse einzusetzen vehement ab und die Dringlichkeit wurde nicht gesehen.

Inzwischen haben wohl alle gemerkt, dass die Schülerbeförderung in Corona-Zeiten nicht wie in einer Ölsardinenbüchse erfolgen kann. Wahrscheinlich haben sich zahlreiche Eltern beschwert. Und auch die Landesregierung hat reagiert und stellt Geld für vermehrten Schülertransport zur Verfügung.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen. Der Einsatz zusätzlicher Busse – eventuell Reisebusse – soll jetzt geprüft und umgesetzt werden.

Antrag DIE LINKE. / Piraten: Weihnachtsbeihilfe

Wir stellen nun im fünften Jahr den Antrag, Kindern aus einkommensschwachen Familien eine Weihnachtsbeihilfe von 50 Euro zu gewähren. Die Redezeit nutzen wir, um auf den besorgniserregenden Anstieg der Kinderarmut hinzuweisen.

Hier ist der aktuelle Antrag zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1185-weihnachtsbeihilfe-f%C3%BCr-kinder-aus-einkommensschwachen-familien.html>

Das war unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
wir stellen erneut diesen Antrag auf Weihnachtsbeihilfe für Kinder aus einkommensschwachen Familien.

In den vergangenen Jahren wurde unser Antrag mit wechselnden Begründungen abgelehnt. Eine davon: „Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket ist das soziokulturelle Existenzminimum von hilfebedürftigen Kindern ausreichend gesichert.“

Genau das ist aber nicht der Fall!

Die neueste Untersuchung der Bertelsmann Stiftung – und die ist nun wirklich nicht verdächtig, den Linken Zahlen zu liefern – zeigt: Die Kinderarmut in Deutschland ist nochmal stark angestiegen. Schon letztes Jahr lebten 2 Millionen Kinder von Hartz4. Was auch schon 2 Millionen zu viel sind.

Aber heute sind es bereits 2,8 Millionen!

Die Initiative „Stoppt Kinderarmut“ - das sind die Bertelsmann-Stiftung und prominente Personen – schreibt:

„Kinderarmut ist seit Jahren ein ungelöstes strukturelles Problem in Deutschland. Trotz langer guter wirtschaftlicher Entwicklung sind die Zahlen nicht zurückgegangen. Die Corona-Krise wird die Situation für arme Kinder und ihre Familien weiter verschärfen.

Es ist mit einem deutlichen Anstieg der Armutszahlen zu rechnen. Aufwachsen in Armut begrenzt, beschämt und bestimmt das Leben von Kindern und Jugendlichen – heute und mit Blick auf ihre Zukunft. Das hat auch für die Gesellschaft erhebliche negative Folgen. Die Vermeidung von Kinderarmut muss gerade jetzt politisch Priorität haben.“

Meine Damen und Herren,

wir weisen nochmal darauf hin, dass die Hartz4-Leistungen keinen Cent für Weihnachten enthalten. Und wer glaubt, man könne einfach an anderer Stelle Geld abzwacken und damit seinen Kindern ein Weihnachtsfest ermöglichen, der irrt. Die Grundsicherung stellt das Existenzminimum dar. Die Beträge für lebensnotwendige Aufwendungen sind äußerst knapp berechnet.

Schauen Sie nur mal auf die Beträge, die für Bildung vorgesehen sind: Bei Kindern von 6 bis 14 Jahren sind es 55 Cent im Monat. Bei 15 bis 17 – Jährigen nur 23 Cent pro Monat. Davon kann man sich noch nicht einmal eine Bildzeitung kaufen...

Meine Damen und Herren!

Auf jeder Ebene der Politik muss etwas gegen Kinderarmut getan werden! Sie alle sind Mitglied einer Partei. Sie können zur Willensbildung in Ihrer Partei beitragen und dafür sorgen, dass Konzepte zur Überwindung von Kinderarmut entwickelt und politisch durchgesetzt werden! Die Parteien der Koalition sind ja auch im Bund an der Regierung!

Wir sagen: Jede Hilfe für eine einkommensschwache Familie mit Kindern hilft, die Benachteiligung abzumildern. So eben auch eine Weihnachtsbeihilfe.

Wie immer wiegelte der SPD-Abgeordnete Becker unseren Antrag für die Koalition ab. Doch die Zahlen zur Kinderarmut sind nicht zu leugnen. Deswegen fällt es Becker auch zunehmend schwerer, immer neue Argumente gegen eine Beihilfe vorzubringen. Dieses Mal klang seine Gegenrede so: Ja, das ist schlimm mit der Kinderarmut. Aber es ist ja keine spezifische Armut, sondern Armut der Familien – also generell Armut. Statt diese Weihnachtsbeihilfe zu fordern, sollten wir doch eine Resolution einbringen. Der könnte dann auch seine Fraktion zustimmen. Wir hätten ja recht, dass SPD und CDU in Berlin an der Regierung sind. Und mit so einer Resolution könnten die Parteien vor Ort an die Regierung herantreten. Was genau in dieser Resolution drinstehen sollte, führte er nicht aus. Wir haben in der Diskussion nachgelegt:

Herr Becker, es tut mir ja leid, dass sie sich jedes Jahr eine neue Begründung ausdenken müssen, um die Ignoranz gegenüber dem Problem "Kinderarmut" zu rechtfertigen. Jetzt fordern Sie eine Resolution. Wir werden weiterhin bei einer Forderung bleiben, die den Kindern konkret zugute kommt. Wir wollen keine Lippenbekenntnisse! Aber natürlich stellt sich hier die Frage: Warum haben **Sie** denn bisher noch keine Resolution in den Kreistag eingebracht, wenn Sie das so wichtig und wirksam finden? Dazu hat doch genug Gelegenheit bestanden!

Antrag DIE LINKE/Piraten: Runder Tisch zum Thema Wasserpolitik, Trinkwassermangel, Dürre und Gegenmaßnahmen im Wetteraukreis

Viele Millionen Kubikmeter Grundwasser werden in die Metropolregion um Frankfurt gepumpt. Das schädigt die Grundwasserreserven im Vogelsberg, im Wohratal (Landkreis Gießen) und im Burgwald (Marburg-Biedenkopf). Der Grundwasserschutz wird immer wichtiger. Aber auch, dass Frankfurt Wasser spart und die eigenen Wasserreserven nutzt, statt Fernwasser billig einzukaufen.

Das haben wir in unserem Antrag ausgeführt:

Nach inzwischen drei sehr trockenen Sommern und dem siebten zu trockenen Frühling in Folge werden der Grundwasserschutz und eine nachhaltige Wasserwirtschaft immer dringlicher.

Das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) veröffentlichte einen besorgniserregenden Dürremonitor: Von zehn Hitzejahren in Deutschland lagen neun in den letzten 20 Jahren. Seit 1953 beobachtet das UFZ hydrologische Dürren und stellt gravierende Folgen für Pegel und Grundwasser fest. Die Wasserstände fallen unter frühere Normalwerte. Wasserreserven im Grundwasser, in Seen und Talsperren sinken.

Laut der Initiative Rettet unseren Burgwald e.V. gab es seit 2003 in Hessen keine meteorologischen Nassjahre mehr. Trockene Sommer und schneearme Winter lassen die Grundwasserreserven fallen. Zur Verschärfung der Lage trägt auch das klimabedingte verkürzte Winterhalbjahr bei. Denn in den dadurch längeren Vegetationsperioden kann sich aufgrund der starken Verdunstung kaum Grundwasser neu bilden. In der Folge sind Natur, Landwirtschaft und Forst im Sommer immer stärker auf die verbleibenden Grundwasserreserven angewiesen.

In Trockenzeiten beansprucht auch die kommunale Wasserversorgung das Grundwasser vermehrt. In den heißen Sommern steigt der Pro-Kopf-Verbrauch enorm an.

Die Folgen der Trockenheit sind so gravierend, dass man nicht einfach weitermachen kann wie bisher! Die Lieferung von vielen Millionen Kubikmetern Fernwasser in die Metropole Frankfurt aus dem gesamten Umland (ganz Süd- und Mittelhessen) muss dringend reduziert werden.

Die Hoffnung, dass sich die Grundwasservorräte nach Trockenperioden schon wieder irgendwie auffüllen werden, haben sich in den letzten Jahren nicht bestätigt.

Heutige politische Entscheidungen im Wasserressourcenmanagement sind für 80 Jahre und mehr wirksam, während sich die klimatischen und demografischen Rahmenbedingungen viel schneller ändern. Eine klimafeste Wasserwirtschaft muss somit den Anforderungen einer vorausschauenden Daseinsvorsorge dienen.

Wir haben einen Runden Tisch beantragt, weil es dringend geboten ist, Wasserkonzepte zum Schutz des Grundwassers zu erstellen und sie möglichst rasch umzusetzen.

Durch eine Anfrage vom 27. Januar 2020 haben wir erfahren, dass der Wetteraukreis weder ein Wasserkonzept noch einen worst-case-Plan hat und auch keine ausreichenden Konzepte für den Grundwasserschutz. Das wären die wichtigsten Themen für den Runden Tisch. Und natürlich muss es auch darum gehen, den massiven aber gewinnträchtigen Fernwasserhandel zu beschränken und Druck zu machen, dass die Metropolregion - zumindest beim Nicht-Trinkwasser (Betriebswasser) - eigene Ressourcen nutzt und aktiviert.

Die Grünen haben einen Änderungsantrag gestellt und eine Wasserkonferenz angeregt. Die Wasserversorgung ist eine Aufgabe der Kommunen. Eine solche Konferenz könnte die Kommunen zu eignen Konzepten anregen.

Doch die Mehrheit der Fraktionen sah keine Notwendigkeit zum Thema Wasserschutz aktiv zu werden. Außer den Grünen haben sich nur noch die Freien Wähler unserer Initiative angeschlossen.

Hier sind der Antrag und unsere Rede zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1184-runder-tisch-trinkwasser-und-grundwasserschutz.html>

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/reden/1216-linke-beantragen-einen-runden-tisch-zum-schutz-des-grundwassers.html>

Antrag DIE LINKE/Piraten: Einrichtung eines Betriebskindergartens in der Kreisverwaltung

Dieser Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, es gäbe in Friedberg Kindertagesstätten und denen wolle man keine Konkurrenz machen. Selbstverständlich gibt es in Friedberg Kindertagesstätten. Und selbstverständlich können auch Beschäftigte der Kreisverwaltung ihre Kinder dort anmelden. Doch die Friedberger Kitas sind ziemlich überlaufen und man kann nicht darauf hoffen, dass ein Platz in der Nähe der Arbeitsstelle vergeben wird. Ein Platz in einem Stadtteil ist für die Beschäftigten nicht günstig. Außerdem pendeln viele nach Friedberg und dann ist die Stadt nicht verpflichtet, diesen Kindern einen Platz anzubieten.

Warum haben wir das gefordert? Um zukünftig qualifiziertes Personal zu rekrutieren, werden auch kommunale Arbeitgeber gezwungen sein, ihren Belegschaften soziale Leistungen anzubieten.

Hier unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
der Wetteraukreis wirbt auf seiner homepage mit seiner familienfreundlichen Verwaltung.
Dort steht: „Die Wetterauer Kreisverwaltung bietet ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen viele Angebote, mit denen sie ihren Beruf und die Familie unter einen Hut bringen können.“
Wir denken, am besten können Familie und Beruf miteinander vereinbart werden, wenn die Kinder gut und verlässlich versorgt sind.
Und dafür ist eine betriebliche Kindertagesstätte eine gute Lösung.

NPD-Antrag: Solidarität mit der Hof-Apotheke zum Mohren in Friedberg

Zu diesem durchsichtigen populistischen Manöver haben wir folgendes gesagt:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
Aussagen von Parteien sollten ja stringent sein. Also zum besseren Verständnis: nicht einmal so und das andere Mal so. Aber das ist bei den rechten Parteien ja öfter so: Wenn der Mohr kommt, wollen sie ihn nicht, wenn er verniedlicht an der Hof-Apotheke hängt, ist er verteidigenswert. Wie es halt für den Populismus zu gebrauchen ist. Bei der Mohrenapotheke ist der farbige, der muslimische Mensch gut, im wirklichen Leben wird auf ihn gehetzt, wird er angepöbelt und angegriffen - oder wie in Hanau sogar ermordet.
Dabei würde ich den Mohren gerne gegen rechts verteidigen! Denn die Zentren der Medizin lagen früher in Isfahan und Cordoba. Zu Zeiten, in denen bei uns Nachttöpfe auf die Straße geleert und alle möglichen und unmöglichen Krankheiten mit Aderlass kuriert wurden, ist von muslimischen und schwarzen Menschen die moderne Medizin begründet worden.
Dieser Schaufensterantrag ist nicht zu rechtfertigen!
Der Antrag wurde abgelehnt.

Anträge der AfD und NPD: Sofortiger Ausstieg aus staatlich verordneten Corona-Maßnahmen

Diese beiden Anträge wurden abgelehnt. Die Debatte verlief sachlich: Corona-Hysterie wurde ebenso wenig für gut befunden, wie Corona-Verleugnung.

Das war unsere Rede dazu:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
ja, es gab anfangs Überreaktionen. Auch Einschränkungen der demokratischen Rechte.
Wir sehen es mal so, dass die Gefahr noch nicht abschätzbar war, wie gefährlich der Virus wirklich ist und ob die Gesellschaft und das Gesundheitssystem diese Epidemie aushalten würden.
Aber Judensterne und Parolen in Anlehnung an den Faschismus, wie auf den Corona-Demos, sind total daneben. Sie verharmlosen den deutschen Faschismus.
Aber das dürfte ja auch Ihre Absicht sein.
Klar ist: Das Tragen einer Maske und Abstand halten sind keine Kennzeichen einer Diktatur. Es sind Vorsichtsmaßnahmen. Nicht mehr und nicht weniger.

Anträge der Grünen: Kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Darunter versteht man die nachhaltige Zusammenarbeit mit einer Kommune oder einem Distrikt in einem Entwicklungs- oder Schwellenland. Solche Projekte gibt es bereits. Sie beschäftigen sich mit Klimaschutz, Abfallwirtschaft, Schulbau uvm.

Wir hatten einige Bedenken, dass solche Projekte keine Begegnung auf Augenhöhe sind. Entwicklungszusammenarbeit beinhaltet, dass sich jemand entwickelt und der andere hilft. Dennoch haben wir diesem Antrag zugestimmt. Denn die Begegnung mit Menschen anderer Kulturen kann von beiderseitigem Nutzen sein, wenn entsprechende Konzepte ausgearbeitet werden.

Leider wird es eine Entwicklungszusammenarbeit nicht geben, denn der Antrag wurde abgelehnt.

Solidaritätsadresse des Kreistags für den Erhalt des Conti-Werks Karben

In Karben haben alle Parteien im Stadtparlament einmütig eine Resolution zum Erhalt von Conti Karben verabschiedet. Ein Antrag, den SPD, CDU und Grüne gemeinsam im Kreistag stellten, forderte auch von diesem Gremium Solidarität ein.

Der Kreisausschuss soll sich gegenüber dem Vorstand von Continental für den Erhalt des Standorts Karben einsetzen. Und auf die Landesregierung soll eingewirkt werden, dass auch sie an den Vorstand von Continental herantritt und den Standorterhalt einfordert.

Alle Parteien stimmten einer Solidaritätsadresse zu – nur die FDP hat sich enthalten. Sie sahen die Geschäftsleitung von Continental einseitig unter Beschuss. Deshalb haben sie sich enthalten.

Wir sind in unserer Rede darauf eingegangen:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
die Fraktion DIE LINKE. / Piraten unterstützt nachdrücklich den Dringlichkeitsantrag!
Es geht nicht nur um die rund 1100 Arbeitsplätze in Karben. Insgesamt sollen in Deutschland 13.000 Arbeitsplätze vernichtet werden. Die SPD hat schon darauf hingewiesen, dass in den Conti-Werken Lohnverzicht geleistet wurde. Und zwar in Höhe von 200 Millionen Euro! 52 Millionen haben allein die Kolleginnen und Kollegen bei Conti Karben eingespart, um ihre Arbeitsplätze zu sichern.
Der Betriebsrat in Karben hat zahlreiche Ideen und Vorschläge eingebracht, wie man die Produktion umstellen könnte. Für technische Innovationen hat Conti-Karben Preise bekommen!
Doch stattdessen wurden mit dem eingesparten Geld der Belegschaft neue Werke in Litauen und Ungarn gebaut.
Jetzt schreibt die FDP: "Der Antrag (der SPD, CDU und Grünen) fokussiert sich aber zu einseitig auf die Geschäftsleitung von Continental." Wer sollte denn sonst schuld an der Schließung und Verlagerung ins Ausland sein, als die Geschäftsleitung? Sie hat ohne die Belegschaft diese Arbeitsplatzvernichtung beschlossen. Und zwar um die Profitmargen für die Aktionäre zu erhöhen!
In der Corona-Zeit wird es zu noch mehr Betriebsschließungen kommen. Coronahilfen werden zur Arbeitsplatzvernichtung missbraucht werden. Das müssen wir nicht einfach hinnehmen! Dagegen sollten wir uns wehren!



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!
Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.
Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber